



Alternativantrag

der Fraktion der SPD

zu „Klimageld jetzt einführen – Bürgerinnen und Bürger entlasten, soziale Balance bei steigenden CO₂-Preisen sichern“ (Drucksache 20/4317)

Bürgerinnen und Bürger angesichts der CO₂-Bepreisung einkommensbezogen entlasten

Der Landtag wolle beschließen:

Der schleswig-holsteinische Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, dass Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung Bürgerinnen und Bürgern als Klimageld oder durch andere geeignete, nachhaltig wirkende Maßnahmen, die für Bürgerinnen und Bürger einen energiepreisreduzierenden Effekt haben, zugutekommen. Hierbei ist auf eine sozial ausgewogene und einkommensbezogene Ausgestaltung zu achten.

Begründung:

Die CO₂-Bepreisung ist ein zentrales Instrument der Klimapolitik. Sie führt jedoch zu steigenden Kosten für Energie, Mobilität und Wohnen. Diese Belastungen treffen insbesondere Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen sowie Menschen im ländlichen Raum überdurchschnittlich stark.

Die CO₂-Bepreisung entfaltet aber nur dann ihre klimapolitische Wirkung, wenn sie gesellschaftlich akzeptiert ist. Deshalb müssen entlastende Maßnahmen sozial ausgestaltet sein.

Das Klimageld mag ein geeignetes Instrument sein, um ökologische Lenkungswirkung und soziale Gerechtigkeit miteinander zu verbinden. Darüber hinaus gibt es weitere Maßnahmen, die sozial ausgewogen für Bürgerinnen und

Bürger die Energiekosten dauerhaft senken können. Hier wären beispielhaft die einkommensbezogene Förderung der Umstellung der eigenen Wärmeversorgung, gebäudebezogene Sanierungsmaßnahmen oder Stromsteuersenkungen zu nennen. Im Ergebnis müssen die Maßnahmen dafür sorgen, dass klimafreundliches Verhalten belohnt und soziale Härten vermieden werden.

Marc Timmer
und Fraktion